

Arbeitslosigkeit Quote sank bis Ende Mai leicht

VADUZ Beim Arbeitsmarkt-Service Liechtenstein waren Ende Mai 323 Arbeitslose gemeldet, also 14 Personen weniger als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote verringerte sich damit von 1,7 Prozent im April 2019 auf 1,6 Prozent im Berichtsmonat, wie es in der Pressemitteilung vom Donnerstag heisst. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhte sich die Arbeitslosigkeit dagegen um 22 Personen; die Arbeitslosenquote stieg um 0,1 Prozentpunkte. (red/ikr)

Umstrittene Neuerung EU-Urheberrecht ist nun in Kraft

BRÜSEL Die umstrittene EU-Urheberrechtsreform ist am Donnerstag in Kraft getreten. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, um die Bestimmungen umzusetzen. Ziel der Reform ist es, das EU-Urheberrecht aus dem Jahre 2001 an das Zeitalter des Internets anzupassen. Die Urheberrechtsreform hatte heftigen Protest ausgelöst, vorwiegend von jungen Menschen. Unter anderem die sogenannten Uploadfilter stiessen auf grossen Widerstand. Dabei handelt es sich um Programme, die geschützte Inhalte schon beim Hochladen erkennen und aussortieren. (sda/dpa/afp)

Früher als erwartet China gibt 5G-Startschuss

SHANGHAI/HONGKONG China gibt früher als erwartet grünes Licht für den Aufbau kommerzieller 5G-Mobilfunknetze. Das Ministerium für Industrie und Informationstechnologie vergab am Donnerstag Lizenzen an die vier staatlichen Konzerne China Telecom, China Mobile, China Unicom und China Broadcasting Network. Der Beginn des Ausbaus war ursprünglich für 2020 geplant gewesen. (sda/reu)

«Great Place to Work» Hilti erneut ausgezeichnet

SCHAAN Hilti wurde bei «Great Place to Work» ein weiteres Mal als einer der besten Arbeitgeber Europas ausgezeichnet, wie das Schaaner Unternehmen am Mittwoch mitteilte. Dieses Jahr belegt es Platz 24 in der Kategorie multinationale Unternehmen. Aus den anonymen Umfragen von «Great Place to Work» sei hervorgegangen, dass die Mitarbeitenden insbesondere die vielfältigen, bereichs- und länderübergreifenden Entwicklungsmöglichkeiten schätzen. Ebenfalls gute Bewertungen habe Hilti bei den Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Vielfalt und Chancengleichheit erhalten. (red/pd)

BEPS weiterhin ein grosses Thema

Hochkarätig Beim gestrigen Fachsymposium der Liechtensteinischen Vereinigung für Steuerrecht (IFA Liechtenstein) informierten Bernhard Canete und Martin Wenz über aktuelle Entwicklungen im nationalen und internationalen Steuerrecht.

VON HARTMUT NEUHAUS

«Der Zug fährt einfach weiter, und wer nicht mitfährt, befindet sich eventuell plötzlich auf einer Liste», betonte Martin Wenz, Inhaber des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Internationales und Liechtensteinisches Steuerrecht und Leiter des Instituts für Finance, Universität Liechtenstein, in seinem Referat, anlässlich des Fachsymposiums der IFA, das gestern im SAL in Schaan stattfand.

Nach der Begrüssung und Einführung ins Veranstaltungsthema durch Marco Felder (Präsident IFA-Liechtenstein) referierte Bernhard Canete, Leiter Abteilung Internationales, Steuerverwaltung Liechtenstein, zum Thema «Update zum internatio-

nenal Steuerrecht». Er zeigte auf, dass heute 129 Länder sich weltweit verpflichten, die BEPS-Massnahmen (BEPS = Base Erosion and Profit Shifting) umzusetzen. Eine grosse Rolle spielen innerhalb der 15 BEPS-Aktionspunkte «Action 5» (Schädliche Steuerregime und Transparenz), «Action 6» (Abkommensmissbrauch), «Action 13» (Verrechnungspreisdokumentation und «Action 14» (Streitbeilegungsmechanismen) für unser Land. Im Bereich der «schädlichen Steuerregimes» musste auch das Fürstentum Liechtenstein gesetzliche Anpassungen vornehmen. Der Abschaffung der Sitzgesellschaften, Holdinggesellschaften sowie der Abschaffung der IP-Box Regime (mit einer Übergangsregelung bis 2020) folgte die Einführung von Anti-Miss-

brauchsbestimmungen (Dividenden, Kapitalgewinne, EK-Zinsabzug). Schädliche Steuerregime werden weiterhin laufend analysiert und Gegenmassnahmen getroffen.

Ein grosses Thema sind auch die Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), die das Land Liechtenstein mit anderen Ländern unterhält. Diese werden durch Multilaterale Instrumente (MLI) abgedeckt.

Herausforderung «Digital Economy»

Darin, dass das Thema BEPS noch lange nicht abgeschlossen sein wird, sind sich Martin Wenz und Bernhard Canete einig. Da der BEPS-Punkt «Action 1» (Besteuerung der digitalen Wirtschaft) für die Zukunft von enormer Bedeutung ist, richten sich alle Anstrengungen auf die Regulie-

rung dieses Punktes. Dabei stehen verschiedene Vorschläge zur Besteuerung digitalisierter Geschäftsmodelle im Vordergrund. Im Fokus stehen soziale Plattformen, Suchmaschinen oder Online-Marktplätze. Welcher Vorschlag sich dann durchsetzt, wird sich zeigen.

Im zweiten Teil der IFA-Veranstaltung diskutierten Daniel Blöchle (PwC-Deutschland), Vanessa Englmaier (Metzler & Partner, Steuer- und Wirtschaftsberatung GmbH, Brezgenz), Marcel Widrig (Freemont SA, Schweiz), Martin Wenz und Bernhard Canete unter der Moderation von Martin A. Meyer (PwC Liechtenstein) zum Thema «Chancen für Liechtenstein durch Onshoring aus Vier-Länder-Perspektive (Österreich, Schweiz, Deutschland, Liechtenstein)».



Steuerfachleute unter sich, von links: Martin A. Meyer, Marcel Widrig, Daniel Blöchle, Vanessa Englmaier, Bernhard Canete und Martin Wenz. (Foto: Michael Zanghellini)

Überangebot an Mietwohnungen bietet laut Studie Anlass zur Sorge

Analyse Die Bauwirtschaft muss den Gürtel wohl schon in absehbarer Zeit enger schnallen. Das in den vergangenen Jahren stark gestiegene Angebot an Mietwohnungen dürfte sich bald negativ auf die Bautätigkeit auswirken. Besonders dann, wenn die Zinsen wieder steigen.

Aktuell geben insbesondere die steigenden Überangebote auf dem Mietwohnungsmarkt Anlass zur Sorge, wie die Credit Suisse in ihrem am Donnerstag publizierten Immobilienmonitor zum zweiten Quartal 2019 schreibt. Spätestens dann, wenn die Zinsen wieder stiegen, dürfte zu einer Korrektur kommen, die Umsätze aus dem Wohnungsbau dürften deutlich nachlassen. Der bereits seit 15 Jahren dauernde Aufwärtstrend in der Bauwirtschaft werde früher oder später enden, so das Fazit der CS. Deren Ökonomen gehen zwar derzeit noch nicht von einer anhaltenden Trendwende aus, rechnen aber dennoch bereits für die kommenden Quartale mit einer gewissen Abschwächung des Wohnungsbaus. Darauf deutete die bereits im zweiten Semester 2018 deutlich zurückgegangene Zahl der Baubewilligungen für Wohneinheiten.

Chancen beim «Bauen im Bestand»

Die auf mittlere und längere Frist grössten Chancen im Hochbau sieht die Credit Suisse beim «Bauen im Bestand», das heisst bei Umbau, Sanierungen und Ausbau. Der Anteil dieser Bautätigkeiten sei so gross wie nie zuvor in den vergangenen 25 Jahren und einiges spreche für eine Fortsetzung dieses Trends, so etwa der zunehmende Stellenwert der

Nachhaltigkeit, die geringere Zinsensensitivität oder die knappen Baulandreserven. Der sich mittelfristig abzeichnende Rückgang im Neubaugeschäft dürfte dadurch gemäss den CS-Ökonomen nur teilweise kompensiert werden.

Weiter ist die Bank der Frage nachgegangen, wie sich die Abschaffung des Eigenmietwerts für Wohneigentum auswirken wird. Bekanntlich befinden sich für den angepeilten Systemwechsel in der Besteuerung von Wohneigentum fünf verschiedene Varianten in der Vernehmlassung. Gemeinsam sei diesen, dass der Eigenmietwert bei vom Eigentümer bewohnten Erstwohnungen nicht mehr besteuert würde, gleichzeitig aber auch die Abzugsmöglichkeiten für Unterhaltskosten entfallen sollen. Die Varianten unterscheiden sich jedoch hinsichtlich der Frage, inwieweit Zinskosten dennoch in Abzug gebracht werden dürften.

Laut der CS sind die Varianten nicht einfach zu durchschauen und ihre effektive Steuerlast hängt unter anderem von der Vermögensstruktur des Eigentümers sowie vom aktuellen Zinsniveau ab. Verschiedene Modellrechnungen liessen aber den Schluss zu, dass der typische Eigentümer beim heutigen Zinsniveau in sämtlichen Varianten besser wegkäme als im aktuellen System. Umgekehrt wä-

ren Eigentümer bei hohen Zinsen in allen Varianten schlechtergestellt.

«PropTechs» etablieren sich

Ein spezielles Kapitel des Immobilienmonitors ist dem Aufkommen von technologieaffinen Jungunternehmen in der Immobilienbranche gewidmet. Der Begriff «PropTech» (von Property Technology) für diese Dienstleistungsunternehmen sei mittlerweile vielen geläufig und diese Branche stehe in voller Blüte. Nach anfänglichem Zögern nutze mittlerweile eine grosse Mehrheit der Akteure in der Immobilienwirtschaft die Dienste der PropTech-Unternehmen in irgendeiner Form.

Die Bäume wachsen aber noch nicht in den Himmel. Das Ertragspotenzial der PropTech-Branche sei zwar «enorm», der Weg dahin aber noch weit, resümiert die CS. Zumal sich die Euphorie der Gründungsphase der einzelnen Unternehmen in vielen Fällen dem Ende zuneige. Viel Potenzial sieht die Bank beim wechselseitigen Verständnis zwischen den PropTechs und den etablierten Immobiliendienstleistern. Interessant sei die Frage, ob die PropTech-Branche bei einer verstärkten Kooperation mit den Etablierten eigenständig bleiben werde, oder ob es zu einer Verschmelzung der beiden Bereiche komme. (sda/awp)

Keine Einigung mit CS WEKO büsst Grossbankenkartell

ZÜRICH Es ist die zweithöchste Busse der Eidgenössischen Wettbewerbskommission (WEKO) gegen Schweizer Banken nach dem Liborfall mit 99 Millionen Franken: Insgesamt 90 Millionen Franken müssen die britischen Banken Barclays und Royal Bank of Scotland (RBS), die US-Geldhäuser Citigroup und JPMorgan und die japanische MUFG zahlen. Darauf haben sie sich mit der WEKO in einer sogenannten einvernehmlichen Regelung geeinigt, wie die Wettbewerbsbehörde am Donnerstag mitteilte. Händler der Banken hatten sich zwischen 2007 und 2013 in den Chatrooms «Three way banana split» und «Essex express'n Jimmy» über den Handel von Fremdwährungen abgesprochen. Die höchste Sanktion wurde mit 28,5 Millionen der amerikanischen Citigroup auferlegt. Die tiefste Busse erhielt mit 1,5 Millionen die japanische MUFG Bank. Das Geld fliesst in die Bundeskasse. Die UBS kam indes ohne Busse davon, weil sie in einer Selbstanzeige das Kartell verpöflicht hatte. Später zeigten sich auch andere Kartellmitglieder selber an. Sie erhielten eine Ermässigung auf ihre Busse. Zu keiner Einigung bereit war dagegen die Credit Suisse, sie bestreitet die Vorwürfe. Die WEKO führt die ordentliche Untersuchung gegen die zweitgrösste Schweizer Bank deshalb fort. Die Credit Suisse habe die Vorwürfe intern untersucht und sei zum Schluss gekommen, dass nicht gegen Schweizer Wettbewerbsrecht verstossen worden sei, schrieb ein CS-Sprecher auf Anfrage. (awp/sda)

ANZEIGE

ETHENEA

managing the Ethna Funds

www.ethenea.com
Tel. 00352-276921-10

Zahlstelle im Fürstentum Liechtenstein
Volksbank AG • Feldkircher Str. 2 • FL-9494 Schaan

COMPARTMENT	Tageskurse per 6. Juni 2019	
ETHENEA Independent Investors S.A.		
Ethna-AKTIV	A CHF	106.8600
Ethna-AKTIV	T CHF	117.4900
Ethna-AKTIV	A EUR	125.8000
Ethna-AKTIV	T EUR	132.0400
Ethna-Defensiv	A EUR	130.3800
Ethna-Defensiv	T EUR	160.6200
Ethna-Dynamisch	A EUR	76.3000
Ethna-Dynamisch	T EUR	79.3000